



Daniel Rinkert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: daniel.rinkert@bundestag.de

Telefon: 030/22771524

Berlin, 26. Mai 2023

Bundestagsabgeordneter Daniel Rinkert (SPD) zum geplanten S-Bahn-Ausbau zwischen Köln und Mönchengladbach: „Ein wichtiger Entwicklungsschritt für unsere Region!“

Die Bundesregierung und die Deutsche Bahn haben eine Finanzierungsvereinbarung für die Planungen zum Ausbau der S-Bahnlinie 6 unterzeichnet. Künftig sollen über 200 Millionen Euro aus Bundesmitteln in ein zusätzliches Gleis, neue Stationen, darunter eine in Grevenbroich, sowie moderne Signaltechnik fließen. Finanziert wird das Projekt über das sogenannte „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“, mit dem die Bundesregierung die Braunkohleregionen wie das Rheinische Revier beim Strukturwandel unterstützt. Von den geplanten Baumaßnahmen soll die gesamte Region profitieren. So soll die Linie S 6 zukünftig im 20-Minuten-Takt von Essen über Köln-Ehrenfeld bis Grevenbroich verkehren. Im Stundentakt soll sie zudem bis Mönchengladbach/Rheydt verlängert werden.

Daniel Rinkert, MdB:

„Die Verkündung des Startschusses für den S-Bahn-Ausbau der Strecke zwischen Köln und Mönchengladbach durch die Deutsche Bahn hat mich sehr erfreut. In den intensiven Gesprächen, die ich in den letzten Wochen und Monaten mit Vertreter:innen der Verkehrsverbände geführt habe, konnten wir bereits schrittweise Hürden überwinden. Die nun getroffene Finanzierungsvereinbarung zwischen Bundesregierung und der Bahn ist ein wichtiger Entwicklungsschritt für unsere Region. Unser Ziel ist es, den Strukturwandel auch im Bereich der Mobilität zu einem Erfolg für das Rheinische Revier zu machen.

Mit dieser Handlung demonstriert der Bund erneut seine Fähigkeit, den Strukturwandel aktiv mitzugestalten. Der Ausbau der Revier-S-Bahn verdeutlicht unseren Einsatz für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Es ist eine Investition in die Zukunft, die sowohl die Bedürfnisse der Menschen als auch die Umwelt berücksichtigt.

Im Gegensatz zur von der CDU geführten Landesregierung, die stets die Verantwortung auf den Bund abwälzt und keine eigenen Schwerpunkte bei dem Transformationsprozess der Region setzt, geht die Ampelkoalition voran und setzt den Strukturwandel sowie die Mobilitätswende vor Ort um.“